

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

## Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/112: 01.01.1970 – 29.02.1971

1970

Himmel und Erde haben geschworen, daß die Wahrheit nicht geht verloren. <i>Jüdisches Sprichwort</i>
--

**01.01.1970**

**Belgien:** Am 1. Januar 1970 gehen Kompetenzen der Außenhandelspolitik von den Mitgliedsländern auf die EG über (Beginn einer gemeinsamen EG-Außenhandelspolitik).

**10.01.1970**

**DDR:** Generalmajor Günther Treller berichtet am 10./11. Januar 1970 in der "Schweriner Volkszeitung" über die vormilitärische Ausbildung der DDR-Jugend (x128/250): >>... Die Vorbereitung der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik auf die Ableistung ihres Wehrdienstes ist ein eminentester Bestandteil der allseitigen Stärkung der DDR, auch sie gehört zum System unserer Landesverteidigung.

Ausgehend davon ist es das Anliegen der Gesellschaft für Sport und Technik, die Jugend gründlich auf ihren Wehrdienst vorzubereiten, und zwar so, daß sie diesen als Klassenauftrag erkennt und im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwirbt.

Der IV. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik hat die notwendigen Maßnahmen beschlossen, um die vormilitärische Ausbildung als System zu entwickeln und dieses System beginnend mit dem Ausbildungsjahr 1969-70 in der gesamten Organisation mit hoher Effektivität durchzusetzen. ...

In die vormilitärische Grundausbildung – gleichbedeutend mit dem ersten Ausbildungsjahr – werden die Schüler der elften Klassen der erweiterten Oberschulen sowie die Lehrlinge des 1. Lehrjahres einbezogen. Dabei vermittelt die vormilitärische Grundausbildung dem Jugendlichen Klarheit über den Klassenauftrag des Soldaten sowie Grundelemente der militärischen Disziplin und Ordnung, des Schießens und der Geländeausbildung und trägt zur physischen Leistungssteigerung bei.

Die Ausbildungsthemen und Ausbildungsabschnitte sind so angelegt, daß das selbständige Denken und Handeln der Jugendlichen gefördert und das bei ihnen Willenskraft, Ausdauer, Mut, Konzentrationsfähigkeit, Entschlossenheit und der Kollektivgeist gestärkt werden.

Im 2. Ausbildungsjahr nehmen an der vormilitärischen Ausbildung die Lehrlinge des 2. und 3. Lehrjahres sowie andere Jugendliche der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft teil. Im allgemeinen werden also hier alle Jugendlichen in vorwehrpflichtigen Alter erfaßt.<<

**17.01.1970**

**BRD:** Die BdV-Bundesvertretung veröffentlicht am 17. Januar 1970 die "Bremer Entschliebung" (x155/173-174): >>... II. Unser Grundgesetz verbietet die Anerkennung von Verstößen gegen die Normen des Völkerrechts, also auch die Aufteilung Deutschlands ohne freie Selbstbestimmung, die Anerkennung von Annexionen ohne (Friedens-)Vertrag ...

Maßnahmen dieser Art bedürfen nicht nur einer verfassungsändernden Mehrheit, sondern verletzen auch die Kernvorschriften des Grundgesetzes. ...

Verträge zur Beseitigung völkerrechtswidriger Annexionen zu schließen, ist Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung von ganz Deutschland in einem Friedensvertrag.

III. Seit 2 Jahrzehnten, seit der Verkündung der Heimatvertriebenen im Jahre 1950, fordert der Bund der Vertriebenen einen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit. Eine einseitige Erfüllung der Forderungen des anderen Vertragspartners kann keinen dauerhaften Ausgleich schaffen. Sie dient daher auch nicht der dauerhaften europäischen Friedensordnung, der Beseitigung von Mißtrauen zwischen den Nachbarvölkern und dem polnischen Sicherheitsbedürfnis. ...

Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<

### **15.03.1970**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) verdeutlicht in seiner Antrittsrede vom 15. März 1970 die künftige Verbandspolitik (x155/176-181): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll.

Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.

Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.

Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekanntem, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrühigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind.

Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkeiten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar. Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden.

Wir sprechen nicht für Haß und Vergeltung. Wir wissen, daß die tiefen Ursachen solcher Untaten eine überhebliche Übersteigerung des notwendigen nationalen Selbstverständnisses und der notwendigen nationalen Selbstbehauptung ist. Hier haben aber nicht nur die Deutschen geirrt, sondern lange vor 1930 hat es dort, wo andere Völker Macht über die Deutschen hatten, auch an Exzessen gegenüber unseren Landsleuten nicht gefehlt.

Nur ein gemeinsamer, neuer, geläuterter Anfang kann uns nach diesen geschichtlichen Gegen-

sätzen weiterhelfen.

Die Meinung, man schaffe Frieden, wenn man sich seiner Rechte entledigt und seine berechtigten Aufgaben preisgibt, setzen wir entgegen die Liebe auch zum eigenen Volk, ebenso die Achtung vor der Würde des Nachbarn und das ständige Bemühen um einen gerechten Ausgleich. Angesichts der vielen extremen Meinungen und radikalen Flügel tut uns bitter not die feste Mitte in einem selbstverständlichen, gesunden nüchternen und klaren Verhältnis zu Staat, Nation und Nachbarn!

... Wir lassen es uns nicht verbieten, mit friedlichen Mitteln zu versuchen, die Folgen von Faustrecht und Gewalt durch eine gesunde, erträgliche, gerechte Ordnung zu ersetzen.

Das natürliche und das positive Recht, aber auch das Völkerrecht, sind uns darum auch keine Zwirnsfäden, sondern unerläßliche Regeln des Zusammenlebens, die wir zu wahren verpflichtet sind und in deren Schutz wir uns begeben.

Die für unser Volk politisch Verantwortlichen sollten gelernt haben, wie gefährlich es ist, Gewaltakte, eigene und fremde, zu legalisieren! ...

Absprachen und Verträge, die über die freie politische Entscheidung der besonders betroffenen Menschen und Gruppen hinweggehen oder sie gar ausklammern, haben schwerste Mängel! Sie haben weder Dauerhaftigkeit noch geschichtliche Bedeutung. Wir werden solche Absprachen - auch über die Oder-Neiße-Linie - nicht anerkennen, wir werden ihre Geltung bestreiten und mit allen verfassungsmäßigen, im Rechtsstaat zulässigen Mitteln uns dagegen zur Wehr setzen!

Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Geschichte! Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...

Vielen in unserem Volk und bei unseren Nachbarn ist es auch zu wenig präsent, daß die Vertreibung vieler Millionen von Menschen keineswegs wesensnotwendig mit Annexion und Okkupation zusammenhängt, sondern daß sie ein zusätzlicher Bruch der Menschen- und Gruppenrechte und der gemeinsamen Völkerordnung ist. Menschen- und Gruppenrechte sind aber unabdingbar. Weder politische Mehrheiten noch Entscheidungen von Machthabern vermögen sie auszulöschen. Oft dauerte es lange Zeit, bis sie wieder hergestellt werden. ...

Wer dauerhafte Lösungen will, muß sich vor allem um mehr Gleichgewicht der Verhandlungspartner bemühen.

... Im Oktober 1970 werden es 7 Jahre sein, daß der Staatsmann Konrad Adenauer, ... durch dessen, wenn auch begrenzte, aber so viel Vertrauen schaffende Leistung in manchen wieder ein maßvolles nationales Selbstbewußtsein entstand, vor dem Bundestag sich in einer knappen Rede verabschiedete.

Er sagte damals im Oktober 1963: "Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund freier Nationen, und wir sind in dem Bund der freien Nationen ein willkommenes Glied geworden." ...<<

#### **04.04.1970**

**West-Berlin:** Andreas Baader (1933-1977, RAF-Gründer, 1968 wegen Brandstiftung zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt) wird am 4. April 1970 bei einer Verkehrskontrolle in West-Berlin verhaftet.

#### **23.04.1970**

**BRD:** Das BdV-Präsidium warnt am 23. April 1970 vor den politischen Gefahren der neuen Ostpolitik (x155/184): >>... 2. Das Präsidium des BdV betont, daß das Grundgesetz und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts allen Organen der Bundesrepublik Deutschland verbie-

ten:

die Aufteilung Deutschlands im Gegensatz zur freien Selbstbestimmung unseres Volkes, die Anerkennung von Okkupation und Annexionen ohne allgemeinen Friedensvertrag, ... die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibungen.

Abmachungen und Erklärungen, die dies nicht berücksichtigen, wird der BdV mit allen legalen Mitteln Widerstand entgegensetzen. Über Menschen- und Gruppenrechte dürfen sich auch Mehrheiten nicht hinwegsetzen. Solche Abmachungen haben keinen geschichtlichen Bestand. Sie dienen nicht dem dauerhaften Frieden und weder dem Sicherheitsbedürfnis unserer Nachbarn noch einem gerechten geschichtlichen Ausgleich der Gegensätze. Sie festigen in Europa nicht nur einen ungerechten Status quo, sondern auch die sowjetische Hegemonie. ...<<

#### **24.04.1970**

**BRD:** BdV-Präsident Czaja (1914-1997) lehnt am 24. April 1970 das Grenzvertragsangebot der Bundesregierung an Polen ab (x155/185-186): >>Die Bundesregierung kann keine Grenzverträge für ganz Deutschland abschließen.

Dieses ist eine Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung des gesamten deutschen Staatsvolkes. Die Bundesregierung verstößt auf das Schwerste gegen den Deutschlandvertrag, wenn sie eine polnische Westgrenze feststellt oder festschreibt.

Nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages muß die Feststellung der Grenzen Deutschlands bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden. ...<<

#### **26.04.1970**

**BRD:** Der BdV-Bundesvorstand protestiert am 26. April 1970 gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/187): >>Die Bundesregierung hat Warschau den Entwurf eines Vertrages unterbreitet, in dem festgestellt wird, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist.

Diese Absicht widerspricht dem bisher vertretenen Standpunkt, daß diese Frage nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag geregelt werden kann. Sie verstößt gegen die Zusage, daß keine Entscheidung hinter dem Rücken der Vertriebenen getroffen wird. Eine vertragliche Festschreibung des Status quo an Oder und Neiße wird von den Vertriebenen als Verrat am Selbstbestimmungsrecht und am Recht auf die Heimat empfunden. ...<<

#### **08.05.1970**

**BRD:** Die Landsmannschaften Ostpreußen und Westpreußen erklären am 8. Mai 1970 (x155/187-188): >>... Die bedingungslose militärische Kapitulation vor 25 Jahren bedeutet nicht Rechtlosigkeit für Deutschland und seine Menschen. Der Tag und die Jahre danach sind vielmehr Zeugnis dafür, wie dem Willen der Deutschen zu einem Neuanfang durch Massenvertreibungen, Annexionen und Teilung des Landes Gewalt angetan wurde. ...

In einer Zeit der Verwirrung, des Mißbrauchs einer allgemeinen Friedenssehnsucht und vager Hoffnungen ist die Besinnung auf eine politische Wirklichkeit und ihre Gefahren dringend geboten. ...<<

#### **14.05.1970**

**West-Berlin:** Andreas Baader wird am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion – RAF"). Während der "Baader-Befreiung" wird eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.

#### **27.05.1970**

**BRD:** Der bereits vom Tod gezeichnete CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg erklärt am 27. Mai 1970 während seiner letzten Rede vor dem Bundestag über die Oder-Neiße-Grenze (x161/14): >>... (Unter der Chiffre der Oder-Neiße) müsse mehr und anderes verstanden werden als bloße Grenzfragen, nämlich verletztes Menschenrecht! ...

Jene, die heute glauben, dieses ganze, große, komplexe Problem der Gebiete jenseits der Oder

und Weiße und der Menschen, die von dort stammen - und die dort heute ihre Heimat haben - mit dem gleichen Rezept, mit dem einfachen Festnageln von Grenzpfählen, bewältigen und lösen zu können, die, die so denken, meine Damen und Herren, die denken in alten national-staatlichen Schemata.<<

**11.07.1970**

**BRD:** Die Zeitung "Bayernkurier" veröffentlicht am 11. Juli 1970 eine Resolution des CSU-Parteitages vom 4.7.1970 (x299/193): >>... 5. Sog. Gewaltverzichtsverträge, die in Wahrheit der Festschreibung des sowjetischen Besitzstandes dienen, ... sind mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen unvereinbar. Sie gefährden darüber hinaus den Frieden, da sie den sowjetischen Imperialismus ermutigen. ...<<

**31.07.1970**

**BRD:** Das aktive Wahlalter wird am 31. Juli 1970 durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

**01.08.1970**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) erinnert am 1. August 1970 an "20 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x155/193-196): >>... Als die Charta verkündet wurde, war dafür die Begeisterung größer als heute. ... In unserer enger gewordenen Welt ist aber die Notwendigkeit gemeinsamer Aufgaben und der Überwindung des gemeinsamen Bedrohtseins in Europa größer geworden; näher aneinandergerückt haben die Völker Technik, Verkehr, Urlaubsreisen, die Jugend, die Mobilität der Menschen.

Gemeinsame Währungs- und Wirtschaftspolitik und politische Abrundung der wirtschaftlichen Gemeinschaft sind die nächsten Aufgaben. Noch aber fehlt es in Europa an der politischen Einigung und an dem notwendigen eigenen, verstärkten und stärker selbstbestimmten Beitrag zur Sicherung der Freiheit und zum wirksamen Dienst an ihrer Verteidigung. ...

Gültig bleibt in dieser Verantwortung, wie sie die Charta betont, auch die Liebe zu unserem Volk und zu unserer Heimat. Auch dies ist heute umstritten, wird belächelt und angeklagt. Ich antworte mit den Worten, die der Regierende Bürgermeister von Berlin am 5.9.1965 gebrauchte:

"Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wir haben der Gewalt, nicht aber dem Recht abgeschworen."

Und er meinte, daß man sich dabei nicht über die Gesinnung der Vertriebenen kaltschnäuzig hinwegsetzen dürfe, daß es dabei keine Politik des doppelten Bodens mit leeren Versprechungen geben dürfe, sondern nur diese Politik, "für Deutschland und für die Deutschen zu bewahren, was zu bewahren ist". ...

Wir sollten nicht diejenigen, die sich vor 25 Jahren in Potsdam in Europa politisch nicht voll durchzusetzen vermochten, jetzt zu verstärktem politischen Ansehen, Einfluß und Macht verhelfen.

... Nur ein glaubwürdiger, für die Beteiligten tragbarer Ausgleich der Gegensätze ist auch für den Ostblock wirklich befriedigend und sichernd auf Dauer, nicht aber ein Zustand, der dem einen alles nimmt, dem anderen alles gibt. ... Einen dauerhaften Frieden und echtes Vertrauen kann man nicht mit kunstvollen Formeln, sondern nur durch einen gerechten Ausgleich stiften.

... Frieden ist noch nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten überrollt werden. Es hat vollends nichts mit Versöhnung und nichts mit Moral zu tun, wenn wegen der auch von uns nicht geleugneten, im deutschen Namen begangenen Grausamkeiten und den Taten nationaler Überheblichkeit konstant andererseits das vielfache Unrecht, das auch an Deutschen von anderen begangen wurde, verschwiegen, dafür aber die widerspruchslose Hin-nahme des Unrechts der Vertreibung von Millionen Unschuldiger wegen der deutschen Unta-

ten gefordert wird.

Wir rechnen nicht auf, können und dürfen es nicht. Aber wir werden uns gegen jede Verantwortung der Person zerstörende Kollektivschuldbegründung und gegen völkerrechtlich unhaltbare Bestrafungsthesen wenden.

... Kein normaler Mensch wird, statt die Gesundheit mit vernünftigen Mitteln anzustreben, Krankheit und Unordnung als eine dauernde Realität hinnehmen oder geradezu anpreisen. ...

Wir wiederholen mit Punkt 7 des Memorandums der Deutschen Bundesregierung vom 29.5.1953 an Präsident Eisenhower, einem Memorandum bei Beginn der Erörterungen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland: "Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. ..."

Kurt Schumacher hat das wiederholt noch schärfer formuliert.

Unser Grundgesetz spricht in Art. 116 klar von Deutschland in den Grenzen von 1937, darauf gründen die Artikel 23 und viele andere Artikel des Grundgesetzes. ...<<

### **12.08.1970**

**UdSSR:** Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 12. August 1970 den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 heißt es (x024/268-269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. ...<<

Erstmals stellt eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

### **19.08.1970**

**BRD:** Die BdV-Pressestelle protestiert am 19. August 1970 gegen den Moskauer Vertrag (x155/199): >>... Der BdV ist sich nach wie vor darin einig, daß die Bundesregierung vom Grundgesetz her nicht berechtigt ist, Demarkationslinien und Sperrmauern in Deutschland in einem Vertrag als Grenzen zu bezeichnen. ...

Bindungen, die die Bundesregierung für ganz Deutschland und über die Grenzen und die Selbstbestimmungsrechte anderer eingeht, haben, soweit sie durch das Grundgesetz nicht gedeckt sind, keine Geltung. ...<<

### **22.08.1970**

**BRD:** Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) erklärt am 22. August 1970 (x155/201-202): >>... Gewährt auch unseren Landsleuten all die Menschenrechte, deren Raub die von Hitler unterdrückten Völker mit vollem Recht nicht nur beklagen, sondern bis heute nicht zu vergessen vermögen. Auch Deutsche haben einen Anspruch auf mehr Menschlichkeit, auch und gerade in der Volksrepublik Polen.

... Beseitigt die Schikanen, die einer ungestörten und beschleunigten Aussiedlung immer noch im Wege stehen, so daß es geradezu Mut verlangt, einen Antrag auf Aussiedlung zu stellen. Allein in der Volksrepublik Polen soll es 270.000 ... Antragsteller auf Aussiedlung geben. Wie lange sollen die letzten der 270.000 noch auf die Familienzusammenführung warten, und wann dürfen auch diejenigen endlich einen Antrag einreichen, denen es aus verständlichen Gründen bis heute an diesem Mut gefehlt hat?

... Im letzten Drittel des 20. Jahrhundert geht es nicht mehr darum, Grenzen zu fixieren und zu verewigen, sondern nach vorn aufgeschlossene Politik verlangt, daß Grenzen überwunden, durchlässig gemacht, annulliert werden. Wer Grenzpfähle einrammt, handelt nach der Methode des Nationalismus. Wer Grenzpfähle abbaut, handelt als Europäer.

... Der Status quo, so wie ihn die Sowjetunion festgeschrieben wissen möchte, heißt die Un-

terdrückung von 17 Millionen in Mitteldeutschland, heißt die Annexion eines Viertels von Deutschland in seinen Grenzen vor Hitler, heißt Schießbefehl und Mauer, heißt Teilung Berlins und ständige Gefährdung ... West-Berlins.

... Der Auftrag an die deutsche Politik, die gehalten ist, jeden Schaden vom deutschen Volk abzuwehren, lautet, den Status quo zu überwinden, sich mit ihm nicht abzufinden. Selbstverständlich scheidet die Gewalt als Mittel der Politik aus. ...

Der Gewaltverzicht kann aber nicht als gleichbedeutend mit einem Rechtsverzicht verstanden werden. Der Protest und das Aufbegehren gegen das Unrecht und die Gewalt sind nicht als Verhaltensweisen nationalistisch eingestellter Bürger zu verurteilen, sondern zu verstehen als das demokratisch fundierte Nein zu all dem, was Diktaturen in brutaler Weise an sogenannten Realitäten geschaffen haben. ...<<

**05.09.1970**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtet am 5. September 1970 in Berlin über die Lage der Vertriebenen nach "25 Jahren Vertreibung aus der Heimat" (x155/202-208): >>... Wir bedauern es sehr, daß Leute behaupten, der BdV bekämpfe die Sicherung des Friedens. Den rechten Weg zur Sicherung des Friedens hat niemand allein für sich gepachtet! Die organisierten Vertriebenen haben durch Jahrzehnte dem Frieden und nicht dem Unfrieden im Volk, im Staat und in dieser Stadt gedient. ...

Die Vertriebenen haben, zu 2 Dritteln noch arbeitslos, schon 1950 in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich Haß und Rache abgeschworen, Versöhnung und Verzicht auf Gewalt bei Durchsetzung des Rechtes vertreten. Die heute meinen, allein der Sache des Friedens und der Versöhnung zu dienen, hörte man damals noch nicht. Allerdings bezeichnen wir es auch nicht als Frieden, wenn dem einen alles genommen, dem anderen alles gegeben und dieses sogar noch verbrieft wird.

Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen ... gar nichts zu tun. ... Wir haben keinen überheblichen Nationalismus - weder einen isolierten noch einen im Windschatten anderer Mächte - vertreten; wir wirken und sprechen für Europa. Deshalb wehren wir uns leidenschaftlich gegen Unterstellungen und Pauschalverdächtigungen. ...

Die Vertriebenen werden sich durch derartige Diffamierungen mitten im eigenen Volke nicht an den Rand der Gesellschaft und des Staates drängen lassen. Es ist die demokratische Pflicht der amtlichen Organe dieser Stadt auch für die Würde und den guten Namen aller Bürger, insbesondere derer einzutreten, die mit am schwersten an den Folgen des Krieges zu tragen haben! ...

Wir danken jenem Teil der Massenmedien und Kommentatoren, die uns positiv und kritisch begegnen. Die aber ständig auf der Jagd nach Gründen der Diffamierung sind, helfen nicht, Wunden zu heilen. Sie tragen vielmehr die Verantwortung für neues Mißverstehen und neue Verketzerung. ...

Wer die Heimat verloren hat, die formende und gewohnte Umgebung, Wege, Jugenderlebnisse, die Formung durch Landschaft, Familie und Nachbarn, gesellschaftliche Bindungen, Habe und Besitz, wer erlebt hat das Herausgerissensein aus Landschaft und Erlebnissen, die das Wachstum und das Leben geprägt haben, der weiß, was Heimat bedeutet. Es ist hier so wie mit vielen Selbstverständlichkeiten. Erst der Kranke zum Beispiel weiß um den Wert der Gesundheit. Auch Gefühle und Bindungen prägen den Menschen; wenn sie eingeordnet sind in die Kräfte der Person, sind sie in dieser Einordnung nichts Schlechtes. Wir schämen uns dieser Empfindungen und Gefühle nicht.

Keine Organisation kann so viele Menschen zusammenführen wie wir auf unseren Treffen. Bei Kritik an Überbetonungen darf man das Schicksal der Betroffenen nicht übersehen. Mit großer Entschiedenheit wehren wir uns gegen das hämische Abwerten der Gefühle und Mei-

nungen, vor allem auch älterer Menschen. Auch sie sind vollwertige Glieder unserer Gesellschaft und haben Anspruch auf Achtung ihrer Empfindungen. Wir sind deshalb nicht bereit, sie verspotten und beiseitedrängen zu lassen. ...

Mit gleicher Leidenschaft ringen wir aber auch um die Meinung der Jugend. Sie ist nicht durch gefühlsmäßige Erlebnisse aus unserer Heimat geformt. Viele wissen aber mehr um das Land der Väter als die Nachkommen von Eltern, die in anderen geschichtlichen Räumen lebten. ...

Insbesondere in den noch in unserer Zeit gesellschaftsformenden Gesinnungsgemeinschaften fragen viele junge Menschen im dritten Lebensjahrzehnt, wenn sie beruflich Fuß gefaßt haben, nach dem Woher und Wohin ihrer Eltern, aber auch ihres eigenen Weges. Auch im Zeitalter der Weltraumfahrt kann man aus der Geschichte nicht aussteigen. Aus der Tradition schreitet man vorwärts nach den Grenzen des Lebens, und die Tradition wirkt bei dem einen stärker, bei dem anderen schwächer, auch in die Gegenwart hinein. ...

... Aus diesen 800 Jahren der Geschichte kann man in 25 Jahren nicht aussteigen. Diese Mitwirkung an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltung schafft geistigen Besitz, auf den man bei gerechtem Erwerb ebenso ein Eigentumsrecht im Rahmen des Gemeinwohls hat wie auf einen materiellen Besitz, den man weiterreichen kann an Erben, als Besitz und Aufgabe der Mitgestaltung. ... Die Lücken, die das Grauen der Kriegs- und Nachkriegszeit gerissen hat, sind nicht geschlossen. ...

Zur Pflege des Heimatbewußtseins gehören das Bekenntnis und die Verteidigung des Rechts auf die Heimat. Wir wehren uns leidenschaftlich dagegen, aus der Vertriebenen-Organisation Vereinigungen musealer Art, Vereine zur Pflege der Vergangenheit zu machen.

Wenn wir für das Recht auf die Heimat eintreten, sind wir keine Romantiker. ... Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 ist aus der Erfahrung der bitteren Leiden von Millionen von Menschen und nicht aus romantischen Illusionen heraus verfaßt worden. ... Nach Artikel 9 darf niemand seines Landes und seiner Heimat willkürlich verwiesen werden. ...

Wir wissen, daß um die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit mit friedlichen Mitteln gerungen werden muß. ...

Wir sind nicht die ewig Gestrigen. Gerade deshalb sind wir der Meinung, daß man nicht mit Formeln, mit Papieren, mit der Verschleierung von Unrecht und Gegensätzen einen dauerhaften Frieden schaffen kann.

... Das Grauen der Vergangenheit muß uns alle geläutert haben. Man kann nicht nur von Verbrechen der Deutschen sprechen und über die Verbrechen an Deutschen eine Verschwörung des Schweigens breiten. Wir werden unsere Rechte und die Freiheit der Deutschen wie der Europäer mit allen legalen politischen Mitteln verteidigen und für die Wahrung des Grundgesetzes wie des Völkerrechts alle legalen Mittel ausschöpfen.

... Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, auch dann, wenn man uns darum diffamiert oder zu unterdrücken versucht, werden wir einzeln und soweit es geht in Gemeinschaft, nicht aufgeben, im Dienste für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer einzustehen ...<<

**13.09.1970**

**China:** Das chinesische Parteiorgan "Jen Min Jih Pao" berichtet am 13. September 1970 über den "Moskauer Vertrag" (x299/159): >>Wenn man die objektiven Tatsachen aus dem Text herausanalysiert, wird man klar erkennen, daß dieser Vertrag einen ungeheuren Verrat an den Interessen der Völker Deutschlands, der Sowjetunion und Europas durch die sowjet-revisionistische Führungselite darstellt.

Es ist ein ungeheurer Schwindel, der den aggressiven Charakter des sowjet-revisionistischen Sozialimperialismus und des westdeutschen Militarismus mit dem Mantel des Friedens ver-



hüllen soll. ...<<

**29.09.1970**

**West-Berlin:** In West-Berlin überfallen vermutlich RAF-Mitglieder am 29. September 1970 zeitgleich drei Banken und erbeuten etwa 220.000 Mark (x101/81).

**04.10.1970**

**BRD:** Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen verurteilt am 4. Oktober 1970 die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/209-210): >>... Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und die Angebote an Ost-Berlin und Warschau sind Ausdruck einer Deutschlandpolitik,

die sich mit der Feststellung von "Realitäten" begnügt, anstatt sie mit friedlichen Mitteln zu verändern,

die damit die Massenvertreibungen, die Annexionen deutschen Staatsgebietes, die Teilung Deutschlands, die Mauer in Berlin und die Unfreiheit in Mitteldeutschland legalisiert,

die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zwar für unverzichtbar erklärt, trotzdem aber, und ohne Befragung der betroffenen Menschen, die Demarkationslinien an Elbe-Werra, Oder-Neiße und quer durch Ostpreußen zu Staatsgrenzen erhebt, Deutschland also auf die Bundesrepublik beschränken und etwa die Hälfte seines Gebietes – mit den deutschen Bürgern dort – zum Ausland machen will, ...

die Entspannung und Frieden dadurch verheißt, daß die eigenen Rechte Deutschlands und seiner Bürger als bloßer "Formelkram" begriffen werden, ihre Preisgabe aber durch formellem völkerrechtlichen Vertrag bestätigt ...

Recht und Freiheit, Sicherheit und Frieden sind für Deutschland gefährdet, wenn sich nicht jeder Deutsche zur Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes bekennt. Wer Vorteile zu gewinnen glaubt, indem er die Rechte seiner Mitbürger aufgibt, opfert Menschenwürde, Selbstbestimmung, freiheitliche Ordnung und die Einheit der Nation.

Der Weg nach Europa zu einer Friedensordnung und zu internationalem Vertrauen führt nur über Selbstachtung und Standfestigkeit, nicht jedoch über die Preisgabe menschlicher und staatlicher Rechte. ...<<

**05.11.1970**

**Polen:** Bundesaußenminister Walter Scheel erklärt am 5. November 1970 in Warschau (x028/169): >>Die Bundesregierung kann nur die Bundesrepublik Deutschland verpflichten. Ihrem Handeln sind rechtliche Grenzen gesetzt. Es gibt keinen Friedensvertrag, und so lange es keinen Friedensvertrag gibt, können die Rechte der Vier Mächte durch bilaterale Verträge nicht berührt werden.

Unser polnischer Partner weiß, daß wir einen gesamtdeutschen Souverän nicht präjudizieren können. ...<<

**06.11.1970**

**BRD:** Das BdV-Präsidium warnt am 6. November 1970 die SPD/FDP-Regierung vor den Folgen des deutsch-polnischen Vertrages (x155/212-213): >>... 3. In zahlreichen offiziellen Erklärungen und Dokumenten hat die Volksrepublik Polen festgestellt, daß die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus ihren Wohnsitzen, also praktisch die Massendeportation der Deutschen, untrennbare Voraussetzung und Bestandteil der Gebietsänderung ist.

... Durch die Hinnahme der Folgen der völkerrechtlich verbotenen Zwangsaussiedlung droht eine Minderung und Behinderung der Menschenrechte der Vertriebenen - als einzelner und als Person in der Gemeinschaft - einzutreten ...

4. Das Bundesministerium des Innern als das für Verfassungs- und Staatsangehörigkeitsfragen zuständige Ministerium hat in seinem Gutachten für das Auswärtige Amt festgehalten, daß die Deutschen in den unter fremder Gewalt stehenden deutschen Ostgebieten deutsche Staatsangehörige sind. Bei den Verhandlungen in Warschau darf dieser Rechtsstandpunkt nicht aufge-

geben und es dürfen keine Erklärungen abgegeben werden, die dazu führen könnten, daß diesen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit entzogen wird. ...

5. Offenbar soll die Auffassung aller früheren Bundesregierungen und der Sprecher der Opposition im Bundestag aus den Jahren 1950 bis 1969 aufgegeben werden, wonach die Bundesrepublik Deutschland kein Mandat hat oder beanspruchen soll, verbindliche Feststellungen über die Westgrenze Polens und somit über die Ostgrenze Deutschlands zu treffen. ...<<

### **18.11.1970**

**Polen:** Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphieren am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen. ...

In dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, sind (wir) wie folgt übereingekommen:

#### Artikel I

I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<

### **19.11.1970**

**BRD:** Die Landsmannschaft Schlesien berichtet am 19. November 1970 über die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/214-215): >>1. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens von 1950 durch die Paraphierung des Warschauer Vertrages durch den Bundesaußenminister Walter Scheel wird auf Ostpreußen, den Osten Pommerns und Brandenburgs und auf ganz Schlesien zugunsten des polnischen Nationalismus und des kommunistischen Imperialismus verzichtet.

2. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens wird von der Bundesregierung ein zwischen 2 kommunistischen Gewaltsystemen abgeschlossenes Grenzabkommen nachvollzogen, die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Ostgrenze anerkannt und die Heimat von 9 Millionen Deutschen preisgegeben.

3. Zum Görlitzer Abkommen erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Reichstagspräsident Paul Löbe im Namen von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat am 13. Juni 1950: "Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben."

Dieses Wort hat nichts in seiner Geltung auch für heute verloren.

4. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens in Warschau ist nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, das sind 104.000 qkm und nahezu ein viertel Deutschlands in den Grenzen von Weimar, zum Ausland erklärt worden, sondern Deutschland in den Grenzen von 1937 hat, entgegen den Protokollen von London und Berlin und entgegen dem Grundgesetz als Rechts- und Geschäftsgrundlage, für die deutsche und internationale Politik aufgehört zu existieren.

5. Wenn nachträglich der Eindruck erweckt werden soll, als sei eine erleichterte Prozedur in der Aussiedlung der ausreisewilligen Deutschen der Gewinn, so heißt das: Die entgegen allen Bestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes verweigerte Menschlichkeit läßt sich die polnische Regierung durch die Erfüllung härtester politischer Forderungen abkaufen. Für die scheinbar gewährte und jederzeit widerrufbare Menschlichkeit, die sich von selbst ver-

stehen sollte, wird mit Gleiwitz und Breslau, Stettin und Allenstein, das heißt mit über 700 Jahren deutscher Geschichte bezahlt.

6. Das Görlitzer Abkommen von Warschau ist ein Vorfriedensvertrag und widerspricht dem Grundgesetz und dem Deutschlandvertrag. Die Bundesregierung hat kein Mandat die gewaltsame Teilung Deutschlands aus freien Stücken nachzuvollziehen und eine gesamtdeutsche Regierung heute und künftig zu verpflichten.

7. Das Görlitzer Abkommen von Warschau sanktioniert Vertreibung und Annexion, denn nur Vertreibung und Annexion schufen die Oder-Neiße-Linie, die jetzt Grenze heißen soll. ...<<  
Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) schreibt später in einer Stellungnahme zum Warschauer Vertrag (x067/147): >>... Aber es kann uns auch niemand bestreiten, daß wir als Deutsche, wenn von Deutschland die Rede ist, von Deutschland in den Grenzen von 1937 ausgehen, zumal selbst die Siegermächte dieses Deutschland ihren Verhandlungen und Absprachen – auch in Potsdam 1945 – zugrundegelegt haben. ...

Das Bekenntnis zur Nation, zu seiner Geschichte und seiner Zukunft ist in keinem anderen Volk umstritten, nur bei uns ist mancher schnell mit dem Vorwurf des Nationalismus zur Stelle, wenn auch für das deutsche Volk das Streben nach der Wiederherstellung der Nation als Inhalt der Politik postuliert wird.

Niemand braucht heute vor uns Deutschen Angst zu haben, als strebten wir nach fremdem Territorium, als spielten wir mit der Möglichkeit der Gewalt.

Aber man soll von uns auch nicht verlangen, daß wir die Kriegsbeute der Gegenseite, nur weil der Zweite Weltkrieg durch Hitler (wenn auch nicht von ihm allein) entfesselt worden ist und wir ihn als deutsches Volk verloren haben, mit dem Stempel der Legalität ausstatten müßten.<<

### **20.11.1970**

BRD: Bundeskanzler Brandt erläutert am 20. November 1970 den deutsch-polnischen Vertrag (x064/75-76): >>... Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist ein beide Völker bewegendes Dokument. Er soll ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte abschließen. Es soll ein neues Kapitel einleiten. Die Zeit ist gekommen für den Schlußstrich und für den Neubeginn.

... Das polnische Volk hat Unsagbares erliden müssen. ... Jetzt geht es um die friedliche Zukunft zwischen den beiden Ländern und Völkern.

Wer seine Angehörigen verloren hat, wem seine Heimat genommen wurde, der wird nur schwer vergessen können. ...

Trotzdem muß ich gerade in dieser Stunde die heimatvertriebenen Landsleute bitten, nicht mit Bitterkeit zu verharren, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. ...

Die Geschichte allein kann erweisen, ob dies, wie wir hoffen, der Beginn der eigentlichen Aussöhnung sein wird ...

Der Vertrag bedeutet selbstverständlich nicht, daß Unrecht nachträglich legitimiert wird. Er bedeutet also auch keine Rechtfertigung der Vertreibung. ...<<

Das BdV-Präsidium lehnt am 20. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages ab (x155/216-217): >>... Wir widersprechen heute und künftig der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.

Mit allen demokratischen Mitteln muß erreicht werden, daß den ungerechten und grundgesetzwidrigen Verträgen im Bundestag und Bundesrat die Zustimmung versagt wird. ...

Wir bestreiten der Bundesrepublik Deutschland das Mandat, vor frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen Demarkationslinien in Deutschland in "bestehende Grenzen" vertraglich umzuwandeln. Der freie Teil Deutschlands muß die Selbstbestimmung unseres Staatsvolkes und unserer Nachbarn für eine freie Vereinbarung offenhalten.

Die Bundesregierung ist nicht legitimiert, die Bundesrepublik Deutschland auf die Abtretung

eines Viertels von Deutschland und die Teilung Restdeutschlands für heute und künftig vertraglich festzulegen. Die Bundesregierung darf Deutschland nicht in eine gegenüber 1945 verschlechterte Position bringen und einen ins Nichts geworfenen Verzicht auf unsere Heimat aussprechen.

Die Abtretung von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Oberschlesien und Teilen Brandenburgs an Polen steht im Gegensatz zum Grundgesetz, zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und zum Deutschlandvertrag.

Polen verknüpft die Forderung nach Gebietsabtretungen mit der Forderung nach Fortdauer der Folgen der Massenvertreibung. Die Bundesregierung hat ihren Vorbehalt dagegen nicht in völkerrechtlich gültiger Form verankert und nicht in dieser Form die Hinnahme des Unrechts der Massenvertreibung und des Faustrechts als Mittel der Politik abgelehnt. ...

Wir wissen um die furchtbaren Opfer des polnischen Volkes; wir dürfen aber auch das Unrecht, das Millionen unschuldiger Deutscher traf, nicht verschweigen. ...<<

**22.11.1970**

**BRD:** Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilt am 22. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Menschen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt - Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<

**27.11.1970**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) schreibt am 27. November 1970 in einem Telegramm an Bundesaußenminister Walter Scheel (x155/220): >>... Sie, Herr Bundesaußenminister, wollen sich mit der Begrenzung der Freizügigkeit in den seit Potsdam von Polen verwalteten Gebieten auf wenige Zehntausende Deutsche abfinden und zugunsten eines kurzlebigen politischen Scheinerfolgs die Menschenrechte von anderen Hunderttausenden preisgeben. ...

Sie sind glücklich darüber, daß Sie einen in Nichts geworfenen Verzicht auf über 100.000 qkm deutschen Gebietes aussprechen können und daß Sie der sowjetischen Nachkriegskonzeption von 1945 sowie ihrer Durchsetzung durch das Faustrecht der Massenvertreibung nun nach 25 Jahren die politische Zustimmung der Deutschen zu verschaffen versuchen.

Ihre Pflicht wäre es, die Menschenrechte in den deutschen Ostgebieten, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, die Rechte Deutschlands und der Deutschen, wie es das Grundgesetz vorschreibt, zu wahren.

Der von Ihnen paraphierte Vertrag darf keine Zustimmung des Parlaments erhalten. ...<<

**07.12.1970**

**Polen:** Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto "geht damals um die Welt".



*Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.*

Artikel I des Warschauer Vertrages lautet wie folgt (x024/269): >>... Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Artikel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

2. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<

**08.12.1970**

**Ostdeutschland:** Bei der polnischen Volkszählung vom 8. Dezember 1970 werden in den Oder-Neiße-Gebieten etwa 680.000 Deutsche erfaßt, die dort seit über 25 Jahren leben (x077/35).

**1970**

**BRD:** Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekennt sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Jede politische Arbeit (ist) einfach perspektivlos und (kann) über einige Reformen nicht hinauskommen, kann also genau das nicht erreichen, was notwendig ist, zu erreichen, wenn nicht die Form der Ausbeu-

tung und die Form der Unterdrückung nur verändert werden sollen; man (kann) das überhaupt nicht erreichen, wenn man nicht gleichzeitig mit der Organisierung des Proletariats, mit der Arbeit in den Betrieben und den Stadtteilen auch die Bewaffnung betreibt, das heißt, die Möglichkeiten schafft, die Auseinandersetzung durchzustehen. ...

... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Der deutsche Soziologe Prof. Wilfried Schlaw (1917-2010) berichtet im Jahre 1970 über die Lage der deutschen Vertriebenen (x024/292-293): >>Faßt man die Ergebnisse ... über die Lage der Vertriebenen zusammen, so dürfte deutlich geworden sein, warum sich die Flüchtlinge und vor allem die Vertriebenen 25 Jahre nach ihrer Flucht und (der) oft unter grauenhaften Umständen erfolgten Vertreibung trotz ihrer seither erbrachten unstreitbar großen Leistungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nicht – wie in Finnland mit seiner Solidarität "aller Karelrier" – der besonderen Fürsorge und Zuneigung der heimatverbliebenen Bevölkerung erfreuen.

Im Gegenteil: Sie sind, trotz der "Charta der Vertriebenen" und obgleich sie in diesen 25 Jahren niemals auch nur versucht haben, Gewaltmaßnahmen irgendwelcher Art zu empfehlen oder sogar anzuwenden, gehaßt ebenso bei ihren Vertreibern in den westlichen Demokratien wie in den östlichen Volksdemokratien und beneidet, gefürchtet, ja nur zu oft gehaßt bei den wirtschaftlich und politisch maßgebenden Schichten und Gruppen in der Bundesrepublik, deren "Prügelknaben" ... sie in so unerwarteter Weise geworden sind.

An dieser Animosität aber dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern, solange die Vertriebenen und Flüchtlinge

1. einen wirklichen Lastenausgleich verlangen und damit und damit auf der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit beharren,
2. das Heimatrecht als grundlegendes Menschenrecht nicht fallen lassen und den Anspruch auf Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes als des Grundrechtes der Demokratie schlechthin nicht aufgeben,
3. an ihrem gesamtdeutschen Bewußtsein festhalten und auf der Verwirklichung der in der Präambel des Grundgesetzes verankerten gesamtdeutschen Zielsetzung bestehen und
4. durch ihren sozialen Wiederaufstieg aus eigener Kraft und Leistung und ihr Bemühen, als "soziales Gewissen" einer wirklich demokratischen, offenen und freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung den Weg zu ebnen, die Machtpositionen der in der Bundesrepublik wirtschaftlich und politisch herrschenden Gruppen und Schichten gefährden. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mittleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1970 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa (x058/148): >>Durch die Beschlüsse von Potsdam wurden 11,5 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben.

Die Alliierten stimmten damit Maßnahmen zu, die unsägliches Elend über die deutsche Bevölkerung brachten. Tausende waren bereits bei der Flucht vor der Roten Armee im eisigen Winter auf den Landstraßen umgekommen, in der Ostsee ertrunken oder von der vorrückenden Roten Armee umgebracht worden.

Ein erbarmungsloses Strafgericht traf die in den Ostprovinzen verbliebenen Menschen. Hilfesuche deutscher Antifaschisten fanden bei den Siegern kaum Gehör. ...<<

USA: US-Präsident Richard Nixon berichtet im Jahre 1970 über die nordamerikanisch-europäischen Beziehungen (x148/217): >>... Heute bringt Europa mehr eigene Lebenskraft auf.

Überwiegender amerikanischer Einfluß, der eine natürliche Folge der Nachkriegsverhältnisse war, wäre heute verfehlt. Denn Nationen, die keinen Anteil an der Verantwortung für die lebenswichtigen Entscheidungen hinsichtlich ihrer eigenen Verteidigung und Außenpolitik haben, können weder ihre Selbstachtung noch ihre Selbstsicherheit wahren.

Amerikas Interesse liegt in einem ausgewogeneren Verhältnis und in einer echteren Partnerschaft. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses muß die Verteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten schrittweise so angepaßt werden, daß sie die wirtschaftlichen und politischen Realitäten des europäischen Fortschritts widerspiegeln. Unseren Verbündeten wird im Bündnis und in seinen Entscheidungen eine Stimme zustehen, die ihrer wachsenden Macht und ihren wachsenden Beiträgen entspricht.

Wenn wir jetzt von Vorherrschaft zu Partnerschaft übergehen, dann ist es möglich, daß manche das als einen Schritt im Sinne eines Disengagements betrachten. Im dritten Jahrzehnt unserer Verpflichtungen gegenüber Europa ist jedoch die Intensität unserer Beziehungen einfach eine Gegebenheit. Wir können uns von Europa ebensowenig lösen wie von Alaska.

Wir sind uns bewußt, daß Amerikas Beitrag in bestimmten Bereichen weiterhin einzigartig sein wird, so zum Beispiel bei der Aufrechterhaltung einer nuklearen Abschreckung und eines Ausmaßes an Engagement, das ausreicht, um die mächtige militärische Position der UdSSR in Osteuropa auszugleichen.

Wir haben jedoch nicht den Wunsch, in Europa eine solche Position einzunehmen, daß die europäischen Angelegenheiten nicht mehr von den souveränen Staaten erledigt werden, die für sie verantwortlich sind. ...<<

Ein US-Wissenschaftler schreibt im Jahre 1970 über die nordamerikanische Wirtschaftsmacht (x243/111): >>... Amerikas wachsende Vorherrschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Technologie stellt eine völlig neue Form des Imperialismus dar. ...

Diese friedliche Invasion ist weltweit; ihre politischen Auswirkungen werden aber wohl in Westeuropa am stärksten sein, in der alten Welt, deren überholte gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen langsam zerbröckeln und gleichzeitig unter dem Einfluß amerikanischer Management-Methoden und amerikanischen technologischen Könnens wiederaufgebaut werden. Das alte Gesicht Europas wird derzeit "geliftet", aber wenn ... das neue Gesicht zum Vorschein kommt, dann ist es kein europäisches Gesicht mehr, sondern ein amerikanisches.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts ist europäisches Kapital nach Nordamerika geflossen, wie in alle anderen Kontinente auch – frisches Kapital, das zusammen mit Amerikas eigenem Kapital Eisenbahnen und Industrieanlagen gebaut und die Vereinigten Staaten entwickelt hat. Zwei Weltkriege haben die Richtung der Kapitalströme umgekehrt, und in den beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg hat sich eine gewaltige Flut an amerikanischem Kapital und industriellem "Know-how" ergossen, die den größten Teil der nichtkommunistischen Welt zu überschwemmen droht.<<

**1971**

Die Massen sind im Grunde bereit zur Sklaverei jeder Art.

*Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)*

**13.01.1971**

**BRD:** Das BdV-Präsidium erinnert am 13. Januar 1971 an den 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches vom 18.01.1871 (x155/222): >>Das Deutsche Reich ist derzeit politisch zwar nicht handlungsfähig, aber es besteht nach dem Grundgesetz und auch nach völkerrechtlicher und unbestrittener internationaler Auffassung in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter. ...

Es ist Pflicht der Deutschen, insbesondere derer, die noch in Freiheit leben, Schaden von Deutschland zu wenden.

... Es war über Jahrhunderte der Wille der Deutschen, gemeinsam in Freiheit zu leben, und dies ist er auch heute. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Deutsche Reich (x051/121-122): >>Deutsches Reich, amtliche Bezeichnung des deutschen Staates 1871-1945, entstanden nach Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm am 18.1.1871 in Versailles zum deutschen Kaiser und Verkündung einer Reichsverfassung am 16.4.1871 für einen konstitutionell monarchischen Bundesstaat.

Die Bezeichnung Deutsches Reich wurde auch in der Weimarer Verfassung vom 11.8.19 beibehalten, obwohl die namengebende Monarchie (Reich = König- oder Kaiserreich) abgeschafft wurde. Die föderalistische Organisation wurde dagegen auch im nun demokratischen Deutschen Reich beibehalten und wie die Verfassung bis 1945 nie formell außer Kraft gesetzt. De facto bedeutete jedoch die nationalsozialistische Machtergreifung 1933/34 die Suspendierung sämtlicher Verfassungsgarantien durch Gleichschaltung in einem zentralistischen Einparteiensstaat. Deutsches Reich wurde identisch mit dem totalitären Führerstaat Hitlers und dehnte sich territorial zu einem Großdeutschen Reich aus. Es erlag im Zweiten Weltkrieg der sich dagegen bildenden gegnerischen Koalition und endete mit der Bedingungslosen Kapitulation am 7./8.5.45.

Das formelle Ende des Deutschen Reiches kam nach Verhaftung der Regierung Dönitz (23.5.45) mit der Junideklaration vom 5.6.45. Während sich die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches betrachtet, sah es die DDR durch Bildung der beiden deutschen Staaten als endgültig erloschen an.<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über das Deutsche Reich (x287/181-183): >>... Während die völkerrechtliche Identität des Deutschen Reiches über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs hinweg bis zu dessen Ende unzweifelhaft feststeht, entzündete sich die geschichts- und rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung daran, ob und wann das Reich untergegangen sei.

Wie Hans-Jörg Bücking betont, bedeutet die "Unconditional Surrender" noch keine politische Kapitulation Deutschlands als Ganzes; die militärischen Ereignisse tangierten die deutsche Staatlichkeit nicht. Auch die Verhaftung der "Regierung Dönitz" begründete noch nicht den Untergang des Deutschen Reiches; vielmehr bestand das Völkerrechtssubjekt trotz der militärischen Niederlage fort, da die alliierten Mächte in ihrer ... Erklärung vom 5. Juni 1945 anlässlich der Übernahme der "Supreme Authority" ("Obersten Bundesbehörde") eine Einverleibung Deutschlands von sich wiesen.

Die von den Alliierten in Anspruch genommene oberste Gewalt ist von ihnen auch niemals gemeinschaftlich an die später entstandene Bundesrepublik Deutschland zurückübertragen worden. Der zeitweise erhobene Alleinvertretungsanspruch kraft Hallstein-Doktrin war völkerrechtlich deshalb völkerrechtlich unhaltbar.

Lediglich innerstaatlich, also nur staatsrechtlich, konnte die Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag, eine Teil-Identität der Bundesrepublik mit dem Staat "Deutsches Reich" behauptet werden, was logischerweise auch die Übernahme der Folgekosten nach sich zog, obwohl die Bundesrepublik nach ihrem Verfassungsverständnis nicht die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches war.

Die Kernstaatstheorie besagte lediglich, daß die deutsche Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die verfassungsgebende Gewalt reorganisiert sei, während sich die DDR als sich vom Reich trennender Teil selbständig organisiert habe. Doch war die Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die westalliierten Vorbehalte im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 beschränkt worden.

Während sich alle vier Alliierten in Potsdam darauf geeinigt hatten, sich gesamthänderisch an Deutschland als Ganzem gebunden fühlen, hat weder die Sowjetunion nach der Funktionsun-



fähigkeit des Kontrollrates jemals formell ihren Rücktritt von der Verantwortung für das Deutschlandproblem erklärt und damit auf ihre Okkupationsrechte verzichtet, noch hat sie den ihr zu Disposition gestellten mittleren Teil Deutschlands mit der Souveränität des Deutschen Reiches begabt. Umgekehrt haben es auch die drei Westmächte stets abgelehnt, die Bundesregierung als eine de-jure-Regierung Gesamtdeutschlands anzuerkennen.

Mit dem Abschluß der Ostverträge nahm die Bundesrepublik Deutschland ohnehin Abschied von dem Identitätsverständnis, daß sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 repräsentiere. Mit ihrer Zweistaatentheorie war die DDR schon 1949 von der Identitätstheorie abgerückt. Der Dismembrationstheorie, die eine Zergliederung des Altstaates in zwei souveräne Neustaaten konstatiert, steht nicht nur der Friedensvertragsvorbehalt als Klammer zwischen den beiden deutschen Staaten gegenüber, sondern auch das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das die Bundesrepublik Deutschland als Transitorium – bis zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches? – vorsieht.

Bleibt also nur die sogenannte Dachtheorie, derzufolge das Deutsche Reich als rechts-, aber nicht handlungsfähiges Dach über den beiden Teilstaaten bestehe, sich aber nicht mehr in den beiden Teilordnungen wiederfinde. Der darin aufbrechende Widerspruch zwischen Sollen und Sein könnte jedoch höchstens durch einen Friedenvertrag der vier ehemaligen Alliierten mit einem Gesamtdeutschland überbrückt werden. ...<<

### **17.01.1971**

**BRD:** Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erinnert am 17. Januar 1971 in einer Fernsehansprache an den 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches (x056/241):

>>Unsere Geschichte ist in vieler Hinsicht anders verlaufen als die unserer Nachbarn. Man hat uns eine "verspätete" Nation genannt. ...

Der Ruf nach Einheit erhob sich in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, bei den unruhigen Studenten auf dem Wartburgfest 1817, in der großartigen Volksfeier 1832 auf dem Hambacher Schloß und sonderlich im ... Jahre 1848/49. Aber jedesmal wurde der Ruf von jenen Dutzenden von Fürstenstaaten erstickt, in die Deutschland zerrissen blieb.

Durften wir 1871 jubeln? ...

Bismarck als Schöpfer der Einheit mit Blut und Eisen – so wurde es gelehrt, ... richtig und falsch zugleich. Bismarck erzwang 1871 den kleindeutschen fürstlichen Bundesstaat unter Ausschluß auch der Deutschen in Österreich – das ist richtig. Aber Bismarck gehört nicht in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten.

Wer also die Linie von den Befreiungskriegen und der Wartburg über Hambach, Frankfurter Paulskirche und Rastatt als Endstation der Revolution von 1848/49 bis nach Sedan und Versailles zieht, verzerrt den Gang der Geschichte. ...

Von Einheit und Recht und Freiheit ... sang erst die Weimarer Republik. Im Kaiserreich, bis 1918, sang man auch "Heil Dir im Siegerkranz" ...

Die Reichgründung hatte die Verbindung von demokratischen und nationalem Wollen zerrissen ...<<

### **27.02.1971**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 27. Februar 1971 während der Eröffnungsrede einer BdV-Großveranstaltung in Bonn (x155/223-225): >>... 1971 soll wohl die parlamentarische Entscheidung über die Ostverträge fallen.

Die Gefahr für Deutschland liegt auf der Hand. Sie ergibt sich aus den Vertragstexten. Wir sollen uns vertraglich verpflichten, heute und künftig dafür einzustehen,

- daß mehr als ein Viertel Deutschlands Ausland ist und bleibt,

- daß Restdeutschland geteilt ist und geteilt bleibt,

- daß die freie Entscheidung unseres Volkes über Lebensformen und politische Struktur an der

Elbe und Werra endet.

Jene, die künftig gegen die Anerkennung von Annexionen und Vertreibung sprechen, die für freie Selbstbestimmung, für das Recht auf die Heimat, für einen gerechten Ausgleich in territorialen Fragen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wirken, sollen in Zukunft den Angriffen aus der Welt der Unfreiheit mehr oder weniger ausgesetzt sein. Wir sollen uns neuen Interventionsansprüchen öffnen!

Kronzeugen für diese Gefahr sind frühere Aussagen der heutigen Fürsprecher dieser Verträge. Man braucht sich dabei gar nicht auf extreme Aussprüche von Wehner in den Jahren 1950 bis 1963 oder von Willy Brandt zum 17. Juni 1961 zu berufen.

Noch am 28.8.1966 sagte Wehner im Deutschlandfunk, direkt an Gomulka gewendet, daß niemand den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, der sowjetischen Besatzungszone als Staat und der Ausklammerung Berlins von uns für diplomatische Beziehungen mit Polen "im Ernst verlangen" könne.

Heute wird ebenso "ernsthaft" das Gegenteil zugesagt, ohne daß sich in den 4 Jahren Entscheidendes geändert hat. Wird damit nicht die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit deutscher Aussagen wieder einmal überhaupt in Frage gestellt, und zwar bei Deutschen und Polen?

Es gibt bisher in dieser neuen Ostpolitik keine einzige Gegenleistung für Deutschland und die Deutschen! Von Entspannung kann keine Rede sein; nicht im freien Zusammenleben der Deutschen, aber auch nicht in Polen und in der Sowjetunion selbst. Dort wachsen die innere Spannung und der Widerstand gegen Not und Diktatur. ...

Die jetzt Verantwortlichen haben früher feierlich versprochen, für die Deutschen soviel wie möglich von Deutschland zu retten, aber nichts mehr davon hat man bei den Ostvertragsverhandlungen gehört.

Die Verträge sind auch kein Schritt zum wirklichen Frieden. Dieser entsteht nicht, indem man dem einen alles gibt und dem anderen das Weggenommene bestätigt. ...

Echter Friedensarbeit droht Gefahr, wenn man das lange und zähe Ringen um friedlichen Ausgleich durch Sanktionen, Schaulaffekte und einen eilig-unbedachten politischen Ritt roter Husaren zu ersetzen sucht. Auch Illusionen von Schwärmern und Flagellanten dienen dem Frieden nicht. ...

Wenn Breschnew die Verträge als größten Sieg der sowjetischen Politik in Europa sei 25 Jahren bezeichnet, so soll in der Tat vieles von den Deutschen und von den Europäern weggegeben werden, was vor 25 Jahren weder verloren noch verspielt war! ...

Die organisierten Heimatvertriebenen sind nicht die ewig Gestrigen, sondern die Fürsprecher für zähes Verhandeln über konstruktive Alternativen auf nahe und auf weite Sicht.

... So sind wir die Rufer zur Umkehr von einem falschen politischen Weg und zur friedlichen Revision von Annexionen und Faustrecht zugunsten von Freiheit, Menschen- und Gruppenrechten und einer freien und gesicherten Ordnung für alle Völker und Volksgruppen in Europa!

Noch 1967 war auch der damalige Bundesaußenminister Willy Brandt Sprecher einer friedlichen Revision. Als "Grundvorstellung" einer europäischen Friedensordnung auch für die Ostgrenze Deutschlands bezeichnete er, daß nicht "einfach zu bestätigen wäre, was der zweite Weltkrieg in Europa hinterlassen hat. Die europäische Friedensordnung müßte Grenzen einbrennen und neue Formen der Zusammenarbeit möglich machen. Zu ihr müßte deshalb beispielsweise auch ein europäisches Volksgruppenrecht gehören. Sie müßte Menschenrechte nicht nur deklarieren, sondern auch auf wesentlichen Gebieten praktizieren".

Wir machen nicht Vorwürfe darüber, daß dies noch nicht erreicht ist, sondern deshalb, weil man ohne einleuchtende Begründung diese geschichtlichen "Grundvorstellungen" aufgegeben zu haben scheint. Wir wissen aber auch, daß der Weg zu einer halbwegs gerechten europäischen Friedensordnung weit weg ist. Was wir vermissen, ist Entschlossenheit, Starkmut, Maß

und geschichtlicher Weitblick auf diesem Weg.<<

### **01.03.1971**

**Frankreich:** Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläutert am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

### **30.03.1971**

**UdSSR:** ZK-Generalsekretär Leonid Breschnew erklärt am 30. März 1971 auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU (x299/189): >>... Wenn ein Literaturschaffender die sowjetische Wirklichkeit verleumdet, wenn er unseren ideologischen Gegnern hilft, gegen den Sozialismus zu kämpfen, dann verdient er nur eines – gesellschaftliche Verachtung.<<

### **26.04.1971**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 26. April 1971 (x155/230): >>... Die Bundesregierung übernimmt immer mehr die Terminologie der Sowjetunion in völkerrechtlichen Fragen; so ist die Rede von "tatsächlichen" oder "gegenwärtigen" Grenzen, von der "wirtschaftlichen Lage in Europa", von der "Normalisierung der Lage", von der vollen Hin- und Akzeptierung "der Folgen des Krieges".

Ebenso unterwirft sie sich seit Jahren bestehenden polnischen Forderungen, indem sie im Gegensatz zur Begriffsbestimmung mindestens eines Dutzends deutscher Gesetze nicht mehr von "Aussiedlern", sondern nur noch von "Rückkehrern" oder "Umsiedlern" spricht, um den Polen die peinliche Tatsache, daß über eine Million Deutsche in der Heimat sich ohne Menschen- und Gruppenrechte und heimatlos fühlen und daß es sich um Nachkommen von unzähligen Generationen Deutscher in Ostdeutschland handelt, verschleiern zu helfen. ...<<

### **20.06.1971**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 20. Juni 1971 (x155/232-233): >>... Der BdV bedauert, daß die Bundesregierung den Interventionsversuchen des Ostblocks gegen die Meinungsfreiheit der Vertriebenen und der nichtdeutschen Exilgruppen, den Forderungen des Ostblocks zur Änderung zahlreicher Gesetze und unseres Bildungswesens nicht mit größter Entschiedenheit entgegentritt. Wir widersetzen uns dem Versuch, den BdV zur Preisgabe eines Teils seiner satzungsmäßigen Pflichten zu veranlassen.

Für die Menschen und ihre Rechte hat sich durch die Verträge nichts ergeben. Die Aussiedlung ist vorerst zahlenmäßig auf dem Stand von 1966, weit entfernt von den Zahlen im Jahre

1957 und 1958. Eine Wiederherstellung der Menschenrechte der in der angestammten Heimat lebenden Deutschen ist ausgeblieben; entgegen der auch für internationale Verträge grundsätzlich auferlegten Obhutspflicht für deutsche Staatsangehörige wurden ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten vertraglich nicht gesichert.

Die verfassungsmäßige Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für alle deutschen Staatsangehörigen und für das gesamte Deutschland darf nicht stillschweigend auf den räumlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt werden. Dafür fehlen die zur Verfassungsänderung notwendigen Mehrheiten.

Wir beklagen es, daß künftig der noch immer freie Teil Deutschlands nicht auch für das Wohl ganz Deutschlands handeln soll. Wir warnen eindringlich davor, durch Änderung der Bezeichnungs- und Kartenrichtlinien die Preisgabe Deutschlands ohne Verfassungsänderung von Amts wegen in breiteste Schichten der Bevölkerung und der Jugend zu tragen.

... Der politische und gesetzliche Auftrag, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete und ihrer Volksgruppen im Bewußtsein des ganzen deutschen Volkes lebendig zu erhalten und zu entfalten, darf auch von staatlicher Seite nicht nur zur Pflege von Erinnerungen und Traditionen stillschweigend umgestaltet werden, sondern ist nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes zu erfüllen.<<

### **28.06.1971**

**BRD:** Franz Stangl (1908 in Altmünster/Österreich geboren) stirbt am 28. Juni 1971 im Düsseldorf Zuchthaus.

Stangl leitete ab Mai 1942 das Vernichtungslager Sobibór und übernahm im September 1942 das Vernichtungslager Treblinka. Er wurde erst 1967 in Brasilien aufgespürt und später ausgeliefert. Im Jahre 1970 erhielt Stangl eine lebenslängliche Zuchthausstrafe.

### **30.06.1971**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisiert am 30. Juni 1971 die Änderung der bisherigen Deutschlandkarten (x155/234-235): >>Das Präsidium des BdV hat seit Wochen vor den Absichten der Bundesregierung zur Änderung der Karten- und Bezeichnungsrichtlinien gewarnt.

Durch juristisch nicht verbindliche "Hinweise" an die einzelnen Ministerien und Länder versucht sie, die Feststellung und Anfechtbarkeit von Verfassungswidrigkeiten verbindlicher Rechtsakte zu umgehen und die Urheber von Verfassungswidrigkeiten hinter undurchsichtigen Kompetenzen zu verbergen Wenn nun die Deutschen schrittweise an das Verschwinden Gesamtdeutschlands von den Karten und aus dem Sprachgebrauch gewöhnt werden sollen, versucht man damit, die Hinnahme verfassungswidriger Rechtsakte bei dem Ratifizierungsverfahren der Ostverträge vorzubereiten.

Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik dürfen aber nach wiederholter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 nicht als Ausland behandeln. ...

Dem Bewußtsein der Bürger soll möglichst unauffällig eingepflegt werden, daß unsere Verpflichtung zur Wahrung berechtigter Interessen ganz Deutschlands aufgehoben wird.

Verbindliche Rechtsakte in dieser Richtung setzen aber die Verabschiedung einer neuen Verfassung voraus. Dafür gibt es weder die zur Änderung des Grundgesetzes erforderlichen Mehrheiten bei den Verfassungsorganen noch den mehrheitlichen politischen Willen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Auch unsere Bindungen durch das Völkerrecht gestatten einen solchen Vorgriff auf friedensvertragliche Regelungen nicht. ...

Freiheit bleibt Freiheit! ...

Fremde Verwaltung deutscher Gebiete bleibt fremde Verwaltung!

Noch immer sind alle Verfassungsorgane verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Inkraftsetzen des Grundgesetzes in den anderen Teilen Deutschlands entgegensteht und den grundge-

setzlichen Auftrag zur freiheitlichen Einigung der Deutschen behindert.<<

**29.08.1971**

**BRD:** BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtet am 29. August 1971 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/235-242): >>26 Jahre nach der Vertreibung ist dieser Tag nicht nur ein Tag des Gedenkens an die Heimat, des Bekenntnisses zu ihr und zum Recht auf die Heimat!

1971 ist dieser Tag auch ein fast verzweifelter Aufruf zur Verteidigung der Freiheit von uns allen! Zur Verteidigung der Freiheit, die wir noch heute haben, zur Verteidigung der Sicherheit des freien Europa, zur Verteidigung der Menschenrechte hier und in der angestammten Heimat, für Deutsche, für die Europäer und für alle Opfer des Terrors! ...

26 Jahre nach der Vertreibung müßten da eigentlich Heimatvertriebene und Heimatverbliebene in früher kaum geahnter Weise am Tag der Heimat zusammenzustehen. Man hat die drohenden Gefahren noch weithin nicht voll erkannt! Es wächst die Bedrohung durch die Unfreiheit, durch Interventionen von außen, durch äußeren politischen Druck durch Illusionen, daß man einen Wandel der Ereignisse in der politischen Annäherung an die Welt der Unfreiheit erreichen könne, bei riskanter Lockerung der Bündnisse, bei Gefährdung unserer Sicherheits- und Verteidigungsgrundlagen.

Die Ostdeutschen bringen manche Sachkunde über Osteuropa mit. Mit tiefem Erschrecken sehen sie, wie viele politisch Verantwortliche in der westlichen Welt gegenüber den eindeutig umschriebenen Zielen der sog. "friedlichen Koexistenz" den Kopf in den Sand stecken.

Schon Lenin wollte in der Phase "des Übergangs bis zum umfassenden Sieg des Kommunismus zeitweilige Bündnisse mit nachgiebigen Kräften" der weltanschaulichen Gegner. Lenin war ausdrücklich der Meinung, daß die Sowjetdiplomatie den nachgiebigen Flügel im bürgerlichen Lager gewinnen muß, um wie er sich ausdrückte, die Bourgeoisie zu zersetzen.

... Breschnew hat am 27. August und am 1. Dezember 1970 die Ostverträge als einen großen Sieg der "friedlichen Koexistenz" gefeiert. In zahlreichen Ostblockschriften kann man lesen, daß der Klassenkampf trotz der "friedlichen Koexistenz" mit größter Entschiedenheit fortzusetzen ist.

... Manulski meinte 1931, nach 30 Jahren käme die Stunde des Kommunismus; dazu bedürfe es des Elements der Überraschung; die Bourgeoisie (herrschende Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft) müsse eingeschläfert werden; man müsse theatralische Friedensbewegungen in Szene setzen. Die dekadenten kapitalistischen Länder würden an ihrer eigenen Zerstörung mitarbeiten. ...

Es sei dazu klar gesagt: Wir sind nicht überhaupt gegen Gespräche und Verhandlungen; aber eine wirkliche Koexistenz setzt eine weltpolitische Lage voraus, die die Sowjetunion zwingt, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. ... Es ist eine Illusion, wenn man meint, daß in einem Rote-Husaren-Ritt alle Gegensätze in Europa zu überwinden sind und die deutsche Frage in wenigen Monaten zu regeln ist. ...

Ein wirklich dauerhafter Friede setzt einen tragbaren, halbwegs gerechten Ausgleich voraus. Die Anerkennung Ostpreußens, Westpreußens, und von Teilen der Mark Brandenburg, Pommern, Schlesiens und Oberschlesien als Ausland, die Preisgabe von über 100.000 qkm Territorium von Deutschland und der Menschenrechte von Millionen Deutschen, die selbst an Unrechtstagen nicht schuldig waren, dazu noch die Teilung Restdeutschlands, das ist kein tragbarer und halbwegs gerechter Ausgleich!

Dies dient nicht einem dauerhaften und wirklichen Frieden! Weder für uns, noch für unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. Für die Osteuropäer ist eine solche deutsche Einstellung unglaublich. Dies gibt ihnen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Mißtrauen! ...

Gleichzeitig aber wachsen die östlichen Interventionsansprüche gegen unsere freiheitliche Rechtsordnung ...

Der stellvertretende polnische Außenminister Willmann verlangt die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze, die Änderung unseres Bildungssystems und die Eliminierung der Vertriebenenorganisationen nach der Ratifikation des Warschauer Vertrages. ...

Weder ist die schrittweise Wiederherstellung der Menschen- und Gruppenrechte vertraglich vereinbart, noch wird das Recht auf Freizügigkeit und auf die angestammte Heimat gesichert. Die Anerkennung aller Annexionen in Europa nach 1945, gerade durch die Deutschen und das völlige Ausklammern der Regelung aller personalen Rechte kann unmöglich dem Frieden dienen. ... Eine Entschädigung für die betroffenen Deutschen ist weder vereinbart, noch wird sie ins Auge gefaßt; umgekehrt drohen uns nach einer eventuellen Ratifikation ungeheure Schadenersatzforderungen.

... Wir haben nie das grauenhafte Unrecht verschwiegen, das Deutsche anderen zugefügt haben. Wir bedauern aber tief, daß man konstant das Unrecht, das an Deutschen begangen wurde, verschweigt. Das Unrecht vieler Deutscher rechtfertigt nicht die Massenvertreibung von Millionen unschuldiger Menschen. ...

Wir können auch nicht schweigen zu dem sich anbahnenden stillen und stillschweigend vollzogenen Verfassungswandel bei uns. Der Deutschlandbegriff, auf dem das Grundgesetz gründet, das Verbot des Grundgesetzes in Artikel 23, daß die Bundesrepublik Verpflichtungen einget, die den Beitritt der anderen Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 zum Grundgesetz oder aber die Schaffung einer neuen freiheitlichen Ordnung durch freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes unmöglich machen, werden immer mehr ausgehöhlt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Bestrebungen, wenn sie evident (offenbar) sind und die genannten Wege auf Dauer vertraglich zu verbauen drohen, wiederholt als verfassungswidrig bezeichnet. ...

Für uns ist das Grundgesetz kein juristischer Formelkram. Die staatliche und die internationale Rechtsordnung werden leider oft gebrochen, es gibt nur geringe Ansätze für ihren internationalen Schutz; aber wir selbst haben es erlebt, daß dann, wenn der Kern des staatlichen oder internationalen Rechts erheblich verletzt wird, die Folgen katastrophal sind. Wir widersprechen daher mit Entschiedenheit jedem stillen Verfassungswandel! ... Dies hat schon einmal zur Zerstörung der Rechtsordnung in Deutschland, und zwar am Ende der Weimarer Republik, geführt! ...

Gerade weil wir nicht die ewig Gestrigen sind, wissen wir, daß man mit Formeln, mit Papieren und Verschleierung von Gegensätzen keinen dauerhaften Frieden stiften kann. ...

... 800 Jahre deutsche Präsenz im Guten und im Bösen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sind nicht unbedingt nach 25 und 30 Jahren endgültig beendet. ...

... Nur wenn man die enge und nahe Zusammenarbeit im schwierigen Alltag, allerdings in garantierter Freiheit und Selbstverwaltung wagt, wird man die alten Gegensätze wirklich aufarbeiten. Wenn wir für Versöhnung durch Gerechtigkeit und gesicherte Zusammenarbeit öffentlich auftreten, beschuldigt man uns des Revanchismus. ...

Am Tag der Heimat erbitten wir von unseren heimatvertriebenen Mitbürgern nicht nur freundliche Bekundungen des Mitgefühls. Wir bitten unser Volk um die Solidarität mit uns! ...

Ich wiederhole die Bitte des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen an die Verfassungsorgane, die Parteien und die freie Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, mit größter Entschiedenheit der wachsenden Bedrohung unserer Freiheit, unserer im Grundgesetz verankerten Rechtsordnung sowie einem stillen Verfassungswandel entgegenzuwirken. ...

Wir wollen unsere Rechte und das Offenhalten der deutschen Frage bis zu einem halbwegs gerechten Ausgleich mit allen legalen und friedlichen Mitteln verteidigen. ...

Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, wollen wir alle den Dienst für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer, den Dienst für einen gerechten und dauerhaften Frieden nicht aufgeben! Dafür trotz der Düsternis der Zeit ein herzliches Glückauf!<<